

Abendblatt täglich vom 1. Sonntag aus... 75 Pf. monatlich... 100 Pf. vierteljährlich...

Berliner Volks-Zeitung mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt. Abend-Ausgabe

Donnerstag, 14. Januar 1909

Samstags-Expedition: SW. Jerusalemstr. 46/49... Telefon: Amt 1. Nr. 1031-1034.

Chef-Redakteur: Karl Vohlfarth, Berlin W. Verlags-Druck: Rudolf-Mosse, Berlin SW.

Landrätliche Bilderreklame.

Erst in unferem geistigen Artikel 'Die überbürdeten Landräte' haben wir es getagt, daß sich die preussischen Landräte vielfach mit der Reklame für private Geschäftsunternehmen befassen, also mit Dingen, mit denen sie amtlich nicht das Geringste zu tun haben.

Im Kreisverkehrsblatt des königlichen Landratsamtes in Hirschberg vom 13. Januar finden wir an erster Stelle folgende merkwürdige Reklame:

'Die Kunstverlagsgesellschaft von (folgt die Firma) in O. hat ein kleines farbigez Kunstbild hergestellt, welches sich als künstlerische Ausführung und billigen Preise (10 Pfennig) besonders zum Verteilen an Schulkinder am 27. Januar eignet. Der Verlag ist bereit, Probeprospekt kostenlos zu versenden. Erfolgreiche Distribution ist nur dann möglich, wenn Bestellung halb hundertfachen Schulpartituren und Herrn Schulverwalter besorgt werden kann auf dieses günstige Angebot aufmerksam.''

Kunsthändler und Verleger des Kreises Hirschberg, wollen sie Genehmer und Kreisverwalter beglücken! Damit der Landrat für eine O.-Firma Reklame macht!

Wir möchten diesen Bemerkungen hinzufügen, daß es Sache der vorgesetzten Behörde des Landrats ist, diese Art Reklame sofort zu verhindern. Jeder andere Unternehmer, der ein Zehnplattbild von künstlerischer Ausführung (10 Pfennig) herstellt und damit ein Geschäft zu machen wünscht, muß die Kosten der Propaganda (Reise und Insertionen) aus eigener Tasche bezahlen. Die Firma in O. hat das nicht nötig. Für sie ist auf Kosten der Allgemeinheit ein preussischer Beamter als Werbeagent tätig. Wann wird endlich den preussischen Beamten, namentlich den Herren Landräten, klar gemacht werden, daß sie unter keinen Umständen aus den Steuern aller Bürger befreit werden, um in irgend einer Form einzelnen Gewerbetreibenden und ihren geschäftlichen Unternehmungen mit amtlichen Mitteln Reklame zu machen?

Es ist irgend ein Landrat von den Zehnplattbildern irgend einer Firma so entzückt, daß er sich in seinem Ämteren gedrangt fühlt, die Schulkindern aus dem Genuß dieser Kunstverteilung zu beteiligen, dann mag er als Privatmann in sein Portemonnaie greifen und durch Leute, die er aus seiner Tasche bezahlt, soweit Bildchen verteilen lassen wie er will. Kein Mensch wird ihm daran hindern, wenn ihm so etwas Spaß macht. Aber die Inbetriebsetzung des amtlichen Apparates zu einer Spezialreklame für irgend eine Firma sollte ein für allemal den Beamten aller Grade aus strengster Verbote und die Nichtbefolgung dieses Verbotes nachsichtig bestraft werden.

Freilich, wenn kürzlich selbst von dem Stellvertreter eines Ministers für den von einer x-beliebigen Dame herausgegebenen Kalender eine ähnliche Reklame gemacht worden ist, so darf man sich nicht wundern, daß auch nachgedruckte Beamt diese selben Wege wandeln. Und so mehr ist es nötig, daß die unabhängige Presse das Unwesen energisch bekämpft und daß im Abgeordnetenhaus einmal gründlich mit dieser Methode der amtlichen Befähigung privater Geschäftsinteressen abgerechnet wird!

Die Franzosenrede des Kaisers.

Der 'Königlichen Zeitung' wird aus Berlin mit Bezug auf die Aeusserungen des Kaisers bei der Jubiläumssfeier des Kaiser Franz Karls Oberster Generalkommandant telegraphiert: 'Es wird behauptet, der Kaiser habe den Satz gesprochen: 'Es können, was der künftige Tag berichten möge, noch schlimmere Zeiten kommen.' Von einem Teilnehmer an der Feier, dessen hervorragende Stellung es ihm ermöglichte, jedes Wort zu hören, das Kaiser Wilhelm bei dieser Veranstaltung sprach, wird und berichtet, daß weder die oben angeführte noch eine ähnliche Aeusserung gefallen ist.'

Der angebliche Wortlaut der Kaiserrede wurde von einem Blatte veröffentlicht, von dem es heißt, es sei das einzige, das der Kaiser ausgesprochen hat, und von dem man daher hier und da annimmt, es habe das Wort auch auf den Kaiserhörsälen nachgehört. Dieser Aberglaube wird nun graulich zerstückt. Wird warum veröffentlicht man nicht die richtigen Wortlaut der neuesten Kaiserrede?

Der Protest der Tabakarbeiter.

Die Zentral-Kommission der Tabakarbeiter Deutschlands beruft zum 18. Januar einen Kongreß der gesamten Tabakarbeiter Deutschlands nebst den Hilfspersonen der Tabakarbeiter nach Berlin, der im Gewerkschaftshaus, Eingangs 15 stattfinden.

Das die Entziehung gegen die Handwerkersteuer sowohl wie gegen jede weitere Erhöhung des Tabakzolls und der Tabakarbeiter in den Kreisen der Tabakarbeiter wie auch in anderen Interessentengruppen, allgemein ist, beweist, daß die Tabakarbeiter allein schon in 483 Orten des Deutschen Reiches Protestversammlungen abgehalten haben, ungenannt die Versammlungen, die ebenfalls an vielen Orten von Fabrikanten, Händlern und sonstigen Interessenten stattgefunden haben. Es sind deshalb zu dem Kongreß die Zehntausenden in fast doppelter Anzahl gegenüber den Protestfestsprechern zu erwarten; die ebenfalls zu derselben Frage Stellung zu nehmen haben, zu erwarten; das doch allein aus den westfälischen Gebieten circa 100 erhöhte Delegierte zur Meldung gelangt.

Der Siegeszug der Wertzuwachssteuer.

geht unauffhaltsam weiter. Wir reden dabei nicht von Schönberg, wo sie dieser Tage in der Stadtverordnetenversammlung angenommen worden ist, nachdem aus ihr nicht mehr viel herauszuholen ist. Als sie noch extrageldlich hätte wirken können, war sie abgelehnt worden. Wertzuwachssteuer, die jetzt in Königsberg in Preußen erfolgt ist. Es war eine schwere Entscheidung; nach mehr als 60 stündiger Beratung in der Kommission und im Plenum fiel endlich die Entscheidung. Der Entwurf ist, nachdem er vier Monate lang die Öffentlichkeit lebhaft beschäftigt hat, in einer Sitzung, die die längste seit Bestehen der Stadtverordnetenversammlung war, mit 56 gegen 36 Stimmen angenommen worden. Bis zum letzten Augenblicke fehlte es nicht, wie die 'Königsb. Post' hervorhebt, an Stimmen für die Ablehnung der ganzen Vorlage. Die Mehrheit konnte für die Ablehnung der Vorlage eine ganz erhebliche Steigerung der Einkommen- und Realsteuern nötig gemacht haben würde. Schon bei Beginn der Sitzung hatte der Stadtverwalter auf die schwierige Befahrung des neuen Etats hingewiesen, und der Oberbürgermeister, der bei der Verhandlung keinen Zweifel darüber, daß die finanzielle Lage der Stadt die Annahme der Vorlage dringend erfordere. Das Königsberger Blatt bemerkt zu der Vorlage:

Es die neue Steuerordnung, so wie sie am Dienstag angenommen wurde, freilich die vom Magistrat gehegten Erwartungen erfüllen wird, muß abgewartet werden. Sie ist wie in anderen Städten das Ergebnis von Kompromissen und hat an verschiedenen Stellen erhebliche Einschränkungen erfahren. Für den eigentlichen Hausbesitzerstand, der ein Grundrecht nicht zu veräußern pflegt, sondern zu dauerndem Besitz Grundbesitz, bringt die Steuerordnung in der gegenwärtigen Fassung eine Reihe von wesentlichen Erleichterungen, und es wird sicher richtig sein, nach und nach in den Verhandlungen zum Ausbruch kam, daß nämlich der weitest große Teil der eigentlichen Hausbesitzer überhaupt keine Wertzuwachssteuer zu zahlen haben. Die Hoffnung, die wir mit der Annahme der Wertzuwachssteuer verbinden, ist die, daß sich auch die Gegner aus der Praxis überzeugen mögen, daß ihre Befürchtungen zum großen Teil unbegründet sind. Vor allem aber verbinden wir damit die Erwartung, daß namentlich der Weg freigelegt ist für das große Ziel der Entlastung, und daß dieses für die Entwicklung unserer Stadt so wichtige Problem endlich der langgesuchten glücklichen Lösung zugewandt werden möge!

Die in Königsberg angestellten Erwägungen über die finanzielle Bedeutung der Wertzuwachssteuer werden auch in anderen Kommunen noch auslagelagert sein für ihre Einführung; in zahlreichen Gemeinden würden die kommunalen Einnahmefälle viel niedriger werden, wenn sie eine Wertzuwachssteuer einführen.

Sukkerische Jungfrauenweber.

Das kleine Häuflein der Pariser Royalisten, das die vom Kaiser sehr gelobte Jungfrau von Orleans zu seiner Schutzpatronin erkor, hat, wie wir bereits früher berichtet haben, auf das tiefste erbittert über den Pariser Geschichtsprofessor Chalabaud, der die Geschichte der Jungfrau zu seinem Spezialstudium erkor, hat, und der ihre Persönlichkeit von dem Nimbus entkleidet hat, den die unermüdete Jüngerin angeheiligte hatten. Wie aus Paris berichtet wird, kam es im Dezember letzten wieder zu einer gegen den Professor Chalabaud gerichteten beschimpfenden Kundgebung, an der sich etwa 60 Royalisten beteiligten. Gegen 30 Personen wurden verhaftet. Die Studierenden der republikanischen Vereinigung veranstalteten eine Gegenkundgebung. Es kam dann zum Handgemachten, wobei einige Personen leicht verletzt wurden.

Für eine deutsch-englische Verständigung.

Wradh ist in bemerkenswerter Weise der englische Handelsminister Winston S. Churchill aus. Er erklärte, wie aus London berichtet wird, in einer Rede am 12. Dezember im Unterhaus: 'Man hat das Gefühl, wie ich es erachte, die öffentlichen Angelegenheiten Englands volle fünf Jahre lang führen sollte, was die normale und gesunde britische Verwaltungsperiode ist, so müssen wir vor allem suchen, daß die Politik Großbritanniens in allen großen auswärtigen Angelegenheiten weitere Fortschritte mache. Ich vertraue darauf, daß Sir Edward Grey sein Wert dadurch können wird, daß er freundlichere Verbindungen zwischen dem britischen und dem deutschen Volke herzustellen kann.'

Nach einem weiteren Telegramm aus London hat der dortige deutsche Botschafter Graf Wolff-Meternich gestern dem Vizekanzler der Universität Oxford das Porträt Kaiser Wilhelms von Professor Alfred Schwarz überreicht. Das Gemälde stellt, wie bekannt, den Kaiser in der Tracht eines Doktors dar. Dieser Davor hat den Kaiser während seines letzten Aufenthaltes in England geschildert beschreiben wollen.

45,000 Pferdeträfte!

Die 'Londoner Daily News' berichten, daß der neue englische Kreuzer 'Inflexible', der im nächsten Monat in Dienst zu gehen wird, eine Länge von 555 und eine Breite von 80 Fuß erhalten wird. Das Displacement wird ungefähr 19,000 Tonnen betragen. Die Maschinen arbeiten mit 45,000 Pferdeträften. Es sind drei Schornsteine vorgesehen, der Pantogonier wird sich die ganze Länge des Schiffes heranziehen. Nicht weniger zwölf Geschütze werden zu Paaren in gepanzerten Geschützhausen so gestellt sein, daß sie nach vorn schießen. Im Hinterdeck werden vier zwölf vierzöllige und 27 kleine Geschütze vorhanden sein. Außerdem ist das Schiff mit zwei unter Wasser befindlichen Torpedoböden versehen. Das Displacement ist im Vergleich zur 'Inflexible'...

flasse erhöht. Man erwartet, daß das Schiff einen neuen Geschwindigkeitrekord für große Schiffe aufstellen wird.

Der Protest gegen die russischen Waffenlieferungen.

Der mit ersterlicher Zustimmung in der ganzen Kulturwelt erhaben worden ist, scheint nicht ohne Grund auf die russischen Waffenlieferungen gebieten zu sein. Wie aus Petersburg berichtet wird, hat der Jar 73 Verurteilungen, über die am 1. Januar in Jekaterinoslaw vom Kriegsgericht die Todesstrafe oder Zwangsarbeit verhängt worden war, im Ganzen aber die Todesstrafe erlassen oder Strafmäßigkeit aufzuheben lassen.

Ein Vertrauensvotum.

erhielt, wie bereits kurz berichtet wurde, in der gestrigen Sitzung der russischen Duma im Reichstag ein Vertrauensvotum. Die auswärtsigen und innere Politik der jetzigen türkischen Regierung. Wir haben bereits einen Teil der Ausführenden Räte des Reiches über die auswärtige Politik wiedergegeben. Wie aus Konstantinopel berichtet wird, führte der Großvezir über diesen Punkt noch folgendes aus:

Die in der Türkei, in Serbien und in Montenegro durch die Annexion von Bosnien und der Ergebnisse hervorgerufene Bewegung habe dazu geführt, daß die beiden letzten Jahre das waren. Österreich-Ungarn den Krieg zu erklären. Sie hätten diese Pflicht aufgegeben, nachdem die Türkei angesichts des von England und dessen Alliierten ausgesprochenen Wunsches nach Herstellung eines permanenten Friedens auf dem Balkan ihnen nachgekommen war, daß es nötig sei, die Entscheidung der Konferenz abzuwarten. Der friedlichen Haltung der Türkei ist es zu danken, daß die österreichisch-ungarische Regierung unter Aufgabe ihrer ursprünglichen Entschlossenung auf Grund des öffentlichen Meinung hervorgekommenen Effektes und in Befolgung der Maßregeln der betroffenen Mächte zustimmte, die von der türkischen Regierung in dieser Frage gestellte Grundfrage mit einigen Änderungen anzunehmen. Kiamil sprach ferner die Hoffnung aus, daß auch die anderen auf Bosnien bezüglichen sowie die bulgarischen betreffenden Fragen, mit denen die Unterhandlungen nicht abgeschlossen sind, demnächst eine günstige Entscheidung finden werden. Er dankte für die Unterstützung der betroffenen Mächte, insbesondere Englands, dessen freundschaftliche Politik er auf das wärmste betonte, und besprach schließlich die Restauration, bezüglich deren ein Einverständnis mit den Axta-Ediktungen ein Modus für die künftige Verwaltung unter Aufrechterhaltung und Sicherung der Rechte der Türkei gefunden werden würde.

Ueber die innere Politik.

fürchte Kiamil Pascha aus:

Nach der Ansicht des Herrscher und dem Volke erfolgten Maßnahmen gebühre dem Sultan dafür Dank. Es sei notwendig, die Brüderlichkeit zwischen den verschiedenen Elementen der Nation zu befestigen und die Gerechtigkeit zu wahren. Die Organisation der Christen zum Willkürherrschaft und ihre Zulassung zu den Staatsämtern habe in Aussicht. Die Finanzen bedürfen einer gründlichen Sanierung. Hierzu sei es nötig, neue Einnahmequellen zu finden und zu erschöpfen. Die Kapitalien zurück zu nehmen. Zur Durchführung der finanziellen Reformen sei provisorisch der Finanzdirektor, Grandvezir und Minister engagiert. Reformen im Postwesen sollten die ausländischen Posten überflüssig machen. Nach Fortsetzung von Reformen im Justizwesen besprach Kiamil Festschlüsse, welche ein Ministerialrat in Aussicht nahm. Schritte behufs Engagement der beständigsten Offiziere für die Generalkadette und die Intendanten, zur Aufstellung deutscher Instruktionen sowie zur Entsendung türkischer Offiziere nach Deutschland. Nachdem er ferner ein außerordentliches Budget für die Marine genehmigt und das Engagement des englischen Bizeadmirals Gemble und zweier englischen Offiziere Ernennung getau hatte, ging er auf öffentliche Arbeiten und Fragen der Landwirtschaft ein.

In der Debatte, die sich an dieses Exposé angeschlossen, erklärte der jungtürkische Deputierte Niza Tawfik, daß obwohl das Kabinett nicht alles getan, er ihm vorläufig kein Vertrauen ausspreche. Der Minister Pascha Said sprach sich gegen die Annexion Bosniens und die österreichisch-ungarischen Kompensationen aus. Zwei Tagesordnungen, darunter eine von den Jungtürken eingebracht, die dem Kabinett das Vertrauen der Kammer auszusprechen vorschlägt, werden mit allen 64 Stimmen abgelehnt und ferner die Entscheidungen des Großvezirs ohne Zustimmung für genügend erklärt. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Aus einer Mädchenerziehungsanstalt.

Thesoo, 14. Januar.

Aus dem Mischhandlungsprozess gegen den Hausvater und die Hausmutter der Mädchenerziehungsanstalt 'Bismarcksche Waisen' bei Göttingen in Schleswig-Holstein, Göttingen und dessen Ehefrau seien wir aus dem Verlauf des gestrigen Verhandlungsprozesses mit folgendem mit: Wort: Er wollen also die Frage nur als Erziehungsmitel angewandt haben? Wie steht es denn damit, daß Bandenrat Schumann angegeben hat, er habe ihnen das Göttinger Exzerpt oft behauptet bei den Vorgesetzten nur das Gegenteil erreicht wurde? — Angekl.: Ich habe nur gefahren, wenn es nicht anders ging. — Wort: Und wie fand es mit den Anzeigern? — Angekl.: Ich habe nur solche vollbracht, die vom Vorgesetzten verurteilt waren. — Wort: Der Vorgesetzte war der Direktor der Anstaltsanstalt? — Angekl.: Direktor Göttinger. — Wort: Wo der Vater, wo der Sohn...